

GASTKOMMENTAR

Eine Agenda für den Aufbruch

Michael Heise plädiert gegen eine Wirtschaftspolitik der Umverteilung.

In Berlin wird über entscheidende wirtschaftspolitische Weichenstellungen für die Zukunft verhandelt. Deutschland fordert Reformen von anderen Ländern, aber erfüllen wir selbst die Bedingungen, um langfristig erfolgreich zu bleiben? Wirklich beeindruckend ist ein Wirtschaftswachstum von etwa 0,7 Prozent in den Jahren 2012 und 2013 nicht. Nach wie vor rühmen wir uns der Erfolge der Agenda 2010, die bereits rund zehn Jahre zurückliegt.

Im Vordergrund der Koalitionsverhandlungen stehen Verteilungsfragen - von der Familienförderung über die Lebensleistungsrente bis hin zu gesetzlichen Mindestlöhnen von 8,50 Euro, die Hunderttausende neuen Job kosten könnten. Arbeitsmarktreformen früherer Jahre werden kritisch hinterfragt, etwa die sozialversicherungs-pflichtige Leiharbeit oder befristete Arbeitsverträge. Natürlich gibt es vordergründig gute Argumente für viele dieser Anliegen, doch die eigentlichen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft geraten darüber aus dem Blick.

Manche Herausforderungen sind offenkundig. So die Neujusterung der Energiepreise und die Modernisierung der Infrastruktur. Die aus dem Ruder laufenden Strompreise sind zu einer Bedrohung des Industriestandorts Deutschland geworden. Ähnliches gilt für die öffentliche Infrastruktur: Seit Jahren halten die Investitionen, etwa im Straßenbau, mit den steigenden Anforderungen nicht mehr Schritt.

Dass in Deutschland das Verhältnis von öffentlichen Investitionen und allgemeiner Wirtschaftsleistung schlechter ist als in den meisten Nachbarländern, ist kein Ruhmesblatt. Die diskutierte Anhebung von Infrastrukturansgaben ist daher zu begrüßen, sie sollte allerdings vornehmlich durch Umschichtungen im Haushalt und nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden. Darüber hinaus sollte für Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur privates Kapital herangezogen werden. Dies kann gelingen, wenn die politische Bereitschaft dazu besteht und die Regulierung der Finanzmärkte das Wachstum von langfristigen Finanzierungen und Investitionen fördert und nicht benachteiligt.

Andere Herausforderungen sind nicht ganz so offenkundig und erfordern zum Teil unpopuläre Entscheidungen. Deutschland konkurriert in immer stärkerem Maße mit anderen Ländern um internationales Kapital. Vor allem in energieintensiven Bereichen fließen mehr und mehr Investitionen in die USA, europäische Investitionsstandorte sind nach erheblichen Kostensenkungen und wirtschaftlichen Reformen wieder attraktiver, und internationale Unternehmen bauen weiterhin die lokale Produktion in Wachstumsmärkten wie China, Indien oder Brasilien aus.

In Deutschland selbst ist dagegen eine ausgeprägte Investitionszurückhaltung zu beobachten - mit weiter rückläufigen Unternehmensgründungen. Beides hat langfristig negative Folgen für technische Entwicklung und Produktivität, für Wachstum und Lohnentwicklung. Die demografi-

schen Belastungen, die in etwa zehn Jahren mit voller Wucht einsetzen werden, sind dann weitaus schwerer zu bewältigen.

Was kann Politik im Rahmen einer Agenda 2020 tun? Neben der Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und einer angemessenen Finanzmarktregulierung sollten drei Themengebiete im Vordergrund stehen: Steuersystem, Bürokratieabbau und Start-up-Finanzierung. Beim Thema Steuern geht es weniger um Entlastungen, sondern um eine grundlegende Vereinfachung des Steuersystems; steuerliche Verzerrungen sollten beseitigt werden.

Auch beim Bürokratieabbau ist noch Luft nach oben. Im jährlichen „Doing business“-Bericht der Weltbank liegt Deutschland im Mittelfeld, aber auf Platz 106 in der Rubrik „Starting a business“ - ein Armutszeugnis. Notwendig ist schließlich auch eine konsequentere Förderung von Finanzierungsformen jenseits des Bankkredits, etwa Private Equity oder Venture Capital.

Eine Investitionsagenda 2020 müsste von Bildungsreformen flankiert werden. Warum schafft es keine deutsche Hochschule in den einschlägigen Universitätsrankings unter die Top 50 der Welt?

Das übergeordnete Ziel einer neuen Agenda sollte es sein, wieder mehr Kapital, öffentliches wie privates, physisches wie intellektuelles, in den Standort Deutschland zu investieren. In Zeiten des globalen Wettbewerbs und des demografischen und technischen Wandels lässt sich nur so der Wohlstand absichern.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.